

# Erwerbstäigenarmut in der EU

## Einleitung

Erwerbstätige Arme stellen in der Statistik zur Gesamtarmut eine bedeutende Gruppe dar und machen schätzungsweise 10 % der europäischen Arbeitnehmerschaft aus. Im vorliegenden Bericht wird das Thema Erwerbstäigenarmut in der Europäischen Union untersucht; der Bericht setzt dort an, wo ein vorangegangener Bericht von Eurofound zu dieser Thematik, der 2010 erschien, endete. Dabei wird ausgehend von einer Analyse der neuesten Daten der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) die Frage beleuchtet, wie sich die Erwerbstäigenarmut nach der Finanzkrise 2008 entwickelt hat. Zwar wurde die Verbreitung von Erwerbstäigenarmut bereits früher untersucht, doch ist nur wenig darüber bekannt, was es bedeutet, trotz Erwerbstätigkeit arm zu sein. In diesem Bericht werden die sozialen Folgen der Erwerbstäigenarmut anhand einer Beschreibung des Wohlbefindens und der Lebensbedingungen erwerbstätiger Armer untersucht. Es werden aber auch die unterschiedlichen Maßnahmen beleuchtet, die von den Regierungen zur Verhinderung bzw. Linderung der Erwerbstäigenarmut ergriffen werden, insbesondere indirekte Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards von erwerbstätigen Armen. Diesen indirekten Maßnahmen wurde weitaus weniger politische Aufmerksamkeit geschenkt als den direkten Maßnahmen, die auf die Erhöhung der Einkommen abstellen, wie Mindestlöhne und soziale Transferleistungen.

## Politischer Kontext

Die Verhinderung von Erwerbstäigenarmut muss als Teil des übergeordneten Ziels zur Verringerung von Armut in der EU gesehen werden. In der Strategie Europa 2020 werden Arbeitslose als besonders armutsgefährdet beschrieben. Es reicht jedoch nicht immer aus, Menschen in Arbeit zu bringen, um ihnen aus der Armut herauszuholen. Eine beachtliche Zahl von europäischen Arbeitnehmern war schon vor Beginn der Finanzkrise 2008 arm. Seitdem wird die Kluft zwischen den Quoten von Erwerbstätigen in den Mitgliedstaaten, die unter die

Armutsgrenze fallen, immer größer. Angesichts des Engagements der EU zu wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt, integrativem Wachstum und wirtschaftlicher Aufwärtskonvergenz für die Mitgliedstaaten muss die Politik dieser Kluft mehr Beachtung schenken. In der Empfehlung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2017 zur europäischen Säule sozialer Rechte wird ausdrücklich anerkannt, dass es dringend politischer Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbstäigenarmut bedarf.

## Wichtigste Erkenntnisse

- Auch wenn sich klare Trends nur schwer erkennen lassen, besteht ein Zusammenhang zwischen der Zunahme der Zahl atypischer Beschäftigungsformen in vielen Ländern und der Ausweitung des Anteils von Europäern, die von Erwerbstäigenarmut bedroht sind.
- Erwerbstätige Arme stehen vor erheblich mehr sozialen Problemen als die Bevölkerung insgesamt; so wird Erwerbstäigenarmut mit einem sehr viel geringeren subjektiven und psychischen Wohlbefinden, mit Problemen mit der Unterkunft sowie mit schlechteren Beziehungen zu anderen Menschen und einem Gefühl der sozialen Ausgrenzung assoziiert. Diese Erkenntnis zeigt, wie wichtig es ist, besonderes Augenmerk auf diese Gruppe zu legen und die soziale Lage von Menschen, die von Erwerbstäigenarmut bedroht sind, besser zu dokumentieren.
- Die meisten Mitgliedstaaten befassen sich nicht gezielt mit Erwerbstäigenarmut, und die Beispiele in diesem Bericht machen deutlich, dass Regierungen und Sozialpartner diese Thematik über eine Diskussion über Armut allgemein angegangen sind, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Maßnahmen gelegt wird, mit denen Menschen in Lohn und Brot gebracht werden sollen. Dementsprechend ist die Zahl der politischen Maßnahmen, die ausdrücklich zum Schutz oder zur Verbesserung der Lage von erwerbstätigen Armen konzipiert werden, begrenzt.

- Auch wenn ein angemessener Mindestlohn einen der Grundpfeiler eines jeden Sozialschutzmodells für erwerbstätige Arme bildet, ist auch klar, dass die politische Aufmerksamkeit eher auf einem Mindesthaushaltseinkommen liegen sollte, um der Lage vieler erwerbstätiger Armer besser gerecht zu werden.
- Ein Vorteil von Maßnahmen zur indirekten Verbesserung des Lebensstandards erwerbstätiger Armer liegt darin begründet, dass damit ihren Haushalten geholfen wird, ohne dass diese unbedingt den Schwerpunkt der Maßnahmen bilden. Leider kann dies aber auch einen erheblichen Nachteil darstellen, weil das Risiko besteht, dass diese Maßnahmen die erwerbstätigen Armen erst gar nicht erreichen. Die Auswirkungen indirekter Maßnahmen zur Verhinderung von Erwerbstätigenarmut müssen weiter eingehend geprüft werden.

## Empfehlungen für die Politik

- Die Zunahme der Erwerbstätigenarmut während der Finanzkrise hatte große soziale Breitenwirkung und ist nicht nur ein rein statistisches Problem. Erwerbstätigenarmut stellt europaweit ein erhebliches Problem dar, dem besondere politische Aufmerksamkeit seitens der Regierungen und Sozialpartner geschenkt werden muss.
- In den meisten Mitgliedstaaten liegt der Schwerpunkt darauf, Menschen in Arbeit zu bringen. Zwar führt die Tatsache, eine Arbeit zu haben, in der Regel zu einer Verbesserung der Lage eines Menschen, doch ist sie an sich noch kein Mittel gegen Erwerbstätigenarmut. So kann die Tatsache, dass der Schwerpunkt darauf gelegt wird, Menschen in Beschäftigung zu bringen, die Erwerbstätigenarmut sogar noch steigern, wenn den Einkommen dieser Beschäftigten und den Haushalten, in denen sie leben, keine Aufmerksamkeit geschenkt wird.
- Die Armutgefährdung von Menschen, die einer atypischen Beschäftigungsform nachgehen, hat offensichtlich während der Rezession zugenommen. Es ist wichtig, dass die Entwicklungen der Erwerbstätigenarmut dieser Beschäftigten und ihrer Haushalte sehr genau beobachtet werden, damit ihre Bedürfnisse und die Risiken, denen sie gegenüberstehen, besser beurteilt werden können. Diese Beschäftigten sollten dieselben Rechte und denselben Zugang zu Sozialschutz haben wie Arbeitnehmer mit Standardverträgen.
- Angesichts der Armutgefährdung dieser Beschäftigten in Phasen der Arbeitslosigkeit sind Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs zwischen den einzelnen Beschäftigungsverhältnissen und zur Bereitstellung von finanzieller Unterstützung für die Überbrückungszeit zwischen den einzelnen Arbeitsplätzen erforderlich.
- Die Mitgliedstaaten könnten aus den politischen Maßnahmen lernen, die zur Unterstützung besonders gefährdeter Gruppen von Arbeitnehmern entwickelt wurden, etwa diejenigen, die aus Notwendigkeit und nicht aus freier Entscheidung Teilzeit arbeiten (unfreiwillige Teilzeitbeschäftigte).
- Da Haushalte aufgrund der Wohn- und Kinderbetreuungskosten möglicherweise in Armut gestürzt werden, ist es wichtig, dass diesen Kosten bei der Messung der Erwerbstätigenarmut Rechnung getragen wird. Im Vereinigten Königreich beispielsweise sind die Wohnkosten fester Bestandteil der Standardindikatoren des Sozialreportings, und es werden Zahlen vor und nach den Wohnkosten berechnet.
- Damit die Kinderbetreuung wirksam zur Bekämpfung der Erwerbstätigenarmut beitragen kann, muss sie die Zielgruppe erreichen – Beschäftigte mit kleinen Kindern mit einer geringeren Beschäftigungsintensität der Haushalte und unsichereren Arbeitsplätzen bei niedrigeren Löhnen.
- Ein weiterer wichtiger Faktor, der zu berücksichtigen ist, betrifft die Bildungswirkung. Der zunehmende Trend zu immer mehr Werdegängen mit hohem Qualifikationsbedarf erfordert Investitionen in das lebenslange Lernen, um Menschen in besser bezahlte Arbeitsplätze zu bringen und die Erwerbstätigenarmut in Europa langfristig zu verringern.
- Es bedarf mehr politischer Bewertungen, um die Wirksamkeit indirekter Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbstätigenarmut besser zu verstehen.
- Erwerbstätigenarmut ist nicht einfach zu definieren und zu messen, und dies macht es schwierig, die auseinanderklaffenden Entwicklungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Beschäftigten und zwischen den Ländern zu verstehen, insbesondere in Zeiten des rapiden wirtschaftlichen Wandels. Fest verankerte Armutsschwellen bzw. Messungen der materiellen Deprivation können eine einfachere Herangehensweise für einen Vergleich der Entwicklung der Erwerbstätigenarmut im Zeitverlauf bieten.

### Weitere Informationen

Der Bericht *In-work poverty in the EU* (Erwerbstätigenarmut in der EU) ist abrufbar unter [www.eurofound.europa.eu/publications](http://www.eurofound.europa.eu/publications).

Weitere Informationen erhalten Sie bei Daphne Ahrendt, Forschungsleiterin, unter der E-Mail-Adresse [dap@eurofound.europa.eu](mailto:dap@eurofound.europa.eu).